



Die Covid-19-Pandemie spitzt die Lage im Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf massiv zu: Jetzt ist die Übergangs- und Berufsbildungspolitik gefordert!

Inhalt

Kernbotschaft.....	1
1. Strukturelle Probleme am Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf spitzen sich während der Covid-19-Pandemie zu.....	2
2. Duales System betrieblicher Ausbildung hat allein zu wenig soziale Integrationskraft....	3
3. Junge Menschen an Übergängen fallen durch den Corona-Aufmerksamkeitsradar.....	3
4. Übergangsstrukturen für junge Menschen in prekären Lebenslagen sind weder inklusiv noch krisenfest.....	4
5. Handlungsempfehlungen: Ausbildungsgarantie, Aufwertung von berufs-bildenden Schulen, Stärkung der kommunalen Koordinierung, inklusive Infrastruktur & partizipative Forschung,	5

Kernbotschaft:

Jetzt gilt es einer kollektiven Resignation von jungen Menschen im Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf, insbesondere von jungen Menschen in prekären Lebenslagen, vorzubeugen. Es ist der Zeitpunkt, gerade angesichts der Covid-19-Pandemie, jungen Menschen eine Ausbildungsgarantie für eine hochwertige berufliche Ausbildung zu geben und am Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf politische Weichenstellungen vorzunehmen sowie die kommunale Koordinierung vor Ort zu stärken. Nur so kann jungen Menschen signalisiert werden, dass sie angesichts der Covid-19-Pandemie beim Übergang in die Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf nicht zurückgelassen werden.

Es ist von einem großen gesellschaftlichen Interesse, jungen Menschen in diesen Krisenzeiten eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Wenn jetzt die Übergänge in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. in den Beruf nicht politisch gesichert werden, stehen viele von ihnen zukünftig dem Arbeitsmarkt nicht als ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung. Damit geht die Gefahr einher, dass Jugendliche und junge Erwachsene dauerhaft von der (Berufs-)Bildung und von der Teilhabe am Erwerbsleben ausgeschlossen bleiben.

Aus unterschiedlichen Kommunen bzw. Städten in Deutschland wird berichtet, dass Ausbildungsplatzangebote zurückgefahren werden und digitale Angebote der beruflichen Orientierung und Beratung gegenwärtig viele junge Menschen kaum erreichen. Geradezu gleichlaufend sinkt die Nachfrage junger Menschen nach Ausbildungsplätzen. Zudem ist der **Kontakt** in berufsbildenden Schulen, im Übergangsbereich, in der Kinder- und Jugendhilfe und im Job-Center zu **nicht wenigen jungen Menschen abgebrochen.**

Gleichzeitig zeigen aktuelle Studien, dass **junge Menschen in großer Mehrheit die Covid-19-Maßnahmen unterstützen**, sie die gegenwärtige Lage sehr differenziert wahrnehmen und sich ihr in der Alltagsbewältigung unter den vorgegebenen Bedingungen konstruktiv stellen. Allerdings wird auch deutlich, dass **zahlreiche junge Menschen Zukunftsängste haben, über psychische Belastungen sprechen** und ihre Problemlagen in der Politik als zu wenig ernstgenommen empfinden. Gerade junge Menschen in **prekären Lebenslagen werden bisher zu wenig von der Politik und von den aktuell initiierten Maßnahmen erreicht**.

Insgesamt ist in diesem Zusammenhang einer **kollektiven Resignation von jungen Menschen im Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf**, insbesondere **in schwierigen Lebenslagen vorzubeugen**. Momentan spitzen sich strukturelle Probleme beim Übergang in die Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf zu. Gleichzeitig ergibt es derzeit keinen Sinn mehr, jungen Menschen mangelnde Ausbildungsreife vorzuhalten und darauf zu hoffen, dass sich der Ausbildungsmarkt allein durch einige flankierende Programme für die Betriebe regulieren wird.

Vielmehr ist ein klares politisches Signal – wie z. B. das einer **Ausbildungsgarantie** für eine hochwertige berufliche Ausbildung – gerade in Zeiten der Covid-19-Pandemie dringend nötig. Andernfalls werden junge Menschen ohne berufliche Perspektive verstärkt auf die Unterstützung der sozialen Leistungssysteme angewiesen sein. Es ist bekannt, dass das Misslingen der Einmündung in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf nicht selten einen dauerhaften Ausschluss aus dem Erwerbsleben und damit verwehrt sozialer Teilhabemöglichkeiten nach sich zieht.

1. Strukturelle Probleme am Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf spitzen sich während der Covid-19-Pandemie zu

Im Fokus der Öffentlichkeit wie auch der Corona-Politik von Bund und Ländern stehen gegenwärtig vor allem die allgemeinbildenden Schulen und die Sicherstellung gleichwertiger Schulabschlüsse. Für junge Menschen ist es von großer Bedeutung für ihre Qualifikation, dass die Schulabschlüsse entsprechend anerkannt und somit Zugänge zu weiterführenden Bildungswegen eröffnet werden. Gerade in einer Wissensgesellschaft, in der **Bildungszertifikate** für die Chancen auf den weiteren Bildungsweg entscheidend sind, ist das Erreichen von Schulabschlüssen auf allen Ebenen des Bildungssystems von zentraler Bedeutung.

Es erscheint aber als zu kurzfristig, die Krisenpolitik vornehmlich auf die allgemeinbildenden Schulabschlüsse zu fokussieren und nicht gleichzeitig auch die **Übergänge und weiterführende berufsqualifizierenden Bildungsverläufe mit zu betrachten**. Zudem ist gegenwärtig eine Hierarchisierung zu beobachten: Folgt man z. B. der medialen Berichterstattung, könnte der Eindruck entstehen, die Sicherstellung des Abiturs sei vorrangig im Vergleich zu anderen Bildungsabschlüssen, die weniger im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen.

Das Angebot an **Ausbildungsplätzen in Betrieben ist im Jahr 2020 um mehr als zehn Prozent** zurückgegangen. Diese Verringerung ist eine Entwicklung, die vergleichbar mit dem Rückgang während der Finanzkrise 2008 ist, der seitdem nicht wieder aufgeholt werden konnte. Es ist zu erwarten, dass 2021 weitere Ausbildungsplätze abgebaut werden. Gleichzeitig ist 2020 auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen um fast 9% zurückgegangen. Es sind somit sowohl das Angebot als auch die Nachfrage rückläufig. Dies führte 2020 zu rd. 11 % weniger Ausbildungsverträgen, was sich mit Blick auf die zukünftige Fachkräftesicherung ebenfalls negativ auswirken kann.

Zudem ist die Zahl der jungen Menschen gestiegen, über die nur wenig differenzierte Informationen vorliegen, wie sie ihren Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf gestalten. Es ist letztlich eine Art „**black box**“ in Bezug auf die Frage entstanden, wie diese jungen Menschen gegenwärtig ihre Situation am Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf erleben.

2. Duales System betrieblicher Ausbildung hat allein zu wenig soziale Integrationskraft

Es verschärfen sich hier Entwicklungen, die sich in den vergangenen Jahren bereits abgebildet haben: Der bisherige Fokus auf das **duale System betrieblicher Ausbildung hat in seiner gegenwärtigen Form nicht die Integrationskraft, um alle jungen Menschen im Ausbildungsalter zu erreichen**. Zudem sind die erfolgreichen beruflichen Sparten der betrieblichen Ausbildung – d. h. mit prozentual geringen vorzeitigen Auflösungen der Ausbildungsverträge – vor allem in Ausbildungsgängen mit wissens- und technologiebasierten Dienstleistungen zu finden und nicht in sog. einfachen Dienstleistungen.

Ebenfalls ist zur Kenntnis zu nehmen, dass heute im Durchschnitt eine duale Berufsausbildung erst im Alter von mehr als 19 Jahren aufgenommen wird. Infolgedessen haben sich die Ansprüche und Struktur der beruflichen Ausbildung grundlegend verschoben. Diese Entwicklung trägt dazu bei, dass insbesondere **junge Menschen in prekären Lebenslagen sozial verdrängt werden** und auch einige berufliche Ausbildungen bei allen Jugendlichen an Anerkennung verlieren. Die gegenwärtige Angebotsstruktur hat sich von den Lebenslagen vieler junger Menschen nach ihrem ersten allgemeinbildenden Schulabschluss mit 16 Jahren deutlich entfernt. Das duale System betrieblicher Ausbildung erreicht in seiner jetzigen Form nicht mehr alle angesprochenen jungen Menschen. Dies wird gegenwärtig in der Covid-19-Pandemie besonders deutlich.

In der aktuellen Krise ist vollkommen **unklar**, wie in den berufsbildenden Schulen und im Übergang sowie generell **junge Menschen zwischen 16 und 19 Jahren beraten und begleitet werden sollen und welche Perspektiven ihnen vermittelt werden können**. Es kann gegenwärtig nicht davon ausgegangen werden, dass die zu Teilen sehr innovativen digitalen Angebote allein ausreichen, um junge Menschen zu erreichen. Auch bleibt **offen, wohin die jungen Menschen gegenwärtig die berufsbildenden Schulen und sonstige berufsvorbereitende Maßnahmen verlassen**. Generell stehen der Übergangsbereich, die kommunale Koordinierung und die berufsbildenden Schulen viel zu wenig in der Aufmerksamkeit des Covid-19-Krisenmanagements.

3. Junge Menschen an Übergängen fallen durch den Corona-Aufmerksamkeitsradar

Ein differenzierter Blick auf die Übergänge junger Menschen zwischen den allgemeinbildenden Schulen, den berufsbildenden Schulen, dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie den Fach- und Hochschulen ist gegenwärtig **nicht im Fokus der Fachöffentlichkeit**. Insgesamt bindet das Aufrechterhalten des Regelprogramms und der internen Abläufe in den jeweiligen Schulen (im primären und sekundären Bildungsbereich, den Fach- und Hochschulen), Betrieben, Job-Centern, Jugendberufsagenturen, Arbeitsagenturen Jugendämtern, Freiwilligendiensten, Sozialen Diensten und Bildungsträgern die volle Aufmerksamkeit. Es absorbiert die Kraft aller Beteiligten. Dies führt dazu, dass die aktuelle Lage der **Übergänge zwischen den jeweiligen Einrichtungen** und die sozialen Bedarfe junger Menschen, die gegenwärtig am Übergang zur Ausbildung bzw. ins Berufsleben stehen, viel zu wenig Beachtung finden.

Darüber hinaus beruhigt die Indikatoren-gestützte Beobachtung des Ausbildungsmarktes vermeintlich die politische Wahrnehmung. So wird trotz der Rückgänge an Ausbildungsplätzen im Jahr 2020 konstatiert, dass sich die Nachfrage-Angebot-Relation für junge Menschen 2020 nicht

verschlechtert, sondern in einigen Regionen sogar verbessert habe. Ebenso sei die Zahl der **jungen Menschen gesunken, die eine Berufsausbildung nachfragen**. Somit könne diesbezüglich nicht von einer Krise gesprochen werden. Aktuell **fallen auf diese Weise junge Menschen**, die keinen Kontakt zu den entsprechenden Einrichtungen haben und nicht um Ausbildung nachfragen, **durch den lokalen und öffentlichen Aufmerksamkeitsradar**. Es gibt nur wenig Sensibilität für schwache Signale und schleichende Prozesse.

Es richten sich die sozialen Maßnahmen in der Bewältigung der Corona-Pandemie vor allem auf akute Notlagen und Krisenkonstellationen und weniger auf nachhaltige Effekte und **schleichende Prozesse** z.B. der Resignation von jungen Menschen. In der öffentlichen sozialen Infrastruktur wird das Aufrechterhalten der Krisenintervention verständlicherweise priorisiert. Im Gegenzug wird aber die **Bedeutung von präventiven, sozialräumlichen und begleitenden niedrigschwelligen sowie weniger formalisierten Angeboten** unterschätzt. Auch die besondere Bedeutung der **kommunalen Koordinierung** in Bezug auf die Übergänge wird gegenwärtig kaum entsprechend anerkannt.

4. Übergangsstrukturen für junge Menschen in prekären Lebenslagen sind weder inklusiv noch krisenfest

Es gibt eine Faustregel in der Gestaltung von Infrastrukturen: Die **Bedeutung von Infrastrukturen wird erst sichtbar, wenn sie wegbrechen**. Die zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nötigen Infrastrukturen funktionieren in der Regel im Hintergrund und es wird über sie mitunter „auf hohem Niveau“ geklagt. Wenn die Infrastrukturen aber nicht mehr ausreichend funktionieren (oder gar wegbrechen), wird ihre tragende und alltägliche Bedeutung offensichtlich. Dies wird gegenwärtig aktuell am Beispiel der Kindestagespflege oder der schulischen Bildung überdeutlich.

Allerdings wird aktuell weniger beachtet, dass auch die Infrastrukturen an den Übergängen in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf wegbrechen, die junge Menschen erreichen und begleiten. Die Infrastrukturen für junge Menschen an den **Übergängen zwischen Schule und Beruf sind** weder **inklusiv noch krisenfest**. Sie erreichen gegenwärtig bei weitem nicht alle jungen Menschen – und insbesondere die jungen Menschen und ihre Familien in prekären Lebenslagen nicht.

Die **schleichende „Entkopplung“ junger Menschen** von den Sozialen Diensten und Angeboten im Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf ist allerdings nicht so offensichtlich und wahrnehmbar wie in anderen Bereichen. Das hängt u.a. damit zusammen, dass junge Menschen an diesem Übergang zumeist keine vergleichbare elterliche Betreuung benötigen. Allerdings bedürfen viele von ihnen einer verbindlichen Begleitung und Orientierung in diesen Übergangsphasen. **Die jungen Menschen nehmen somit auch das Wegbrechen von solchen Übergangsstrukturen sehr genau wahr**. Allerdings haben sie keine Lobby, die in der gesellschaftlichen Diskussion darauf aufmerksam macht.

Die **Lebenslagen dieser jungen Menschen passen nicht in die Corona-Politik**, die insbesondere auf schulische Bildungsabschlüsse und Betreuung fokussiert. Häufig verschwinden die jungen Menschen ganz aus dem Blickfeld der öffentlichen Wahrnehmung, wenn sie psychisch belastet, anderweitig gesundheitlich beeinträchtigt oder behindert sind. Auch junge Erwachsene, die einen Teil ihres Lebens in der stationären Kinder- und Jugendhilfe verbracht haben („Care Leaver“) finden mitunter **keine Zugänge zu sozialen Unterstützungsstrukturen**.

Doch gerade in diesen Situationen ist wirksame Unterstützung besonders dringend nötig. Dies trifft gerade auch auf junge Menschen zu, die schon vorher in prekären Lebenslagen waren und

vielfach in einer der teilqualifizierenden Maßnahmen im Übergangsbereich ihren beruflichen Bildungsweg begonnen haben, wie bspw. junge Menschen mit Flucht-, Migrations und/oder mit **Diskriminierungserfahrungen** verschiedener Art bspw. aufgrund ihrer sozialen oder ethnischen Zugehörigkeiten.

5. Handlungsempfehlungen: Ausbildungsgarantie, Aufwertung von berufsbildenden Schulen, Stärkung der kommunalen Koordinierung, inklusive Infrastruktur & partizipative Forschung,

In der aktuellen Situation kann es kein einfaches Durchhalten und eine Bewahrung des Status Quo in den Maßnahmen am Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf geben. **Es ist noch vollkommen unklar, wie sich die mittelfristige Lage im Sommer 2021 gestalten wird und mit welchen Auswirkungen langfristig auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gerechnet werden muss.** Es bedarf jetzt struktureller politischer Antworten und damit **ein starkes öffentliches Signal** für junge Menschen, **dass sie nicht zurückgelassen werden.**

Um die jungen Menschen auch während der Covid-19-Pandemie zu erreichen, müssen die kommunale Koordinierung vor Ort gestärkt, alltagsnahe Anreize geschaffen und soziale Kontakte aufgebaut werden, damit junge Menschen jetzt und nachhaltig erreicht werden. Die folgenden sieben Punkte könnten dieser Strategie eine politische Richtung geben.

1. Es bedarf einer beruflichen **Ausbildungsgarantie für alle ausbildungsinteressierten jungen Menschen**, die jetzt ausgesprochen und gesetzlich verankert wird. Auf diesem Weg ist den jungen Menschen noch während der Covid-19-Pandemie zu signalisieren, dass sie eine hochwertige Ausbildung garantiert bekommen, obwohl betriebliche Ausbildungsplätze 2020 um mehr als zehn Prozent weggebrochen sind und unklar ist, wie sich der Ausbildungsmarkt 2021 gestalten wird.
2. Weiterhin ist systematisch zu prüfen, wie auch die Zugänge in **schulische Berufsausbildungen** verbessert und Potentiale für Ausbildungsanreize ausgeschöpft werden können. So können bereits vorhandene Maßnahmen zur Stärkung von schulischen Ausbildungsberufen durch Ausbildungsvergütungen oder durch den Verzicht auf Schulgeld Barrieren in einzelnen Ausbildungsbranchen, die derzeit u.a. stark gefragt sind (wie z. B. Pflegeberufe), abgebaut werden.
3. Insgesamt sind die **berufsbildenden Schulen** stärker in den Fokus der aktuellen Covid-19- Krisenpolitik zu rücken. Aktuelle bildungspolitische Covid-19-Programme – z.B. in Bezug von Bund und Ländern für Nachhilfe-Maßnahmen etc. – erreichen die Probleme am Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf nicht. Die **berufsbildenden Schulen haben gegenwärtig zusammen mit den Betrieben die immense Verantwortung**, keinen jungen Menschen zurückzulassen.
4. Insgesamt muss auch die **kommunale Koordinierung** in ihrer Schlüsselstellung für **sozialräumlich-rückgebundene Infrastrukturen und die Aktivierung kommunaler Sozialpolitik gestärkt** werden, damit die jungen Menschen in diesen **prekären Übergangskonstellationen** erreicht werden. Dabei sind die Angebote explizit mit alltagsnahen Anreizen zu untersetzen und auch an junge Menschen mit psychischen Erkrankungen, kognitiven oder körperlichen Beeinträchtigungen sowie Migrationsgeschichte bzw. Fluchterfahrungen zu richten. Digitale Angebote und Ausbildungsmessen sind notwendig, reichen aber letztlich nicht aus. Vielmehr sind vor Ort eine **inklusive sozialräumliche Strategie und eine aufsuchende persönliche Ansprache** der jungen Menschen benötigt.

5. Notwendig ist jetzt eine Ausweitung der Unterstützung und der Ausbau von assistierenden Strukturen sowie Begleitung aller jungen Menschen, die ihren ersten allgemeinbildenden Schulabschluss absolvieren und oder im Übergangsbereich oder in einer beruflichen Ausbildung sind. Es gilt sowohl an den allgemeinbildenden Schulen und insbesondere an berufsbildenden Schulen, **individuelle Übergangspläne mit den jungen Menschen** zu entwerfen und nach Verlassen der berufsbildenden Schulen entsprechende Begleitungsstrukturen fortzusetzen als auch **Auflösungen laufender Ausbildungsverträge vorzubeugen**.
6. Junge Menschen, die gegenwärtig den Kontakt zu Beratungsangeboten im Übergangsbereich verlieren, können später nur schwer wieder erreicht werden. Es ist an der Zeit, eine niedrigschwellige und aufsuchende Strategie der Jugendsozialarbeit zusammen mit den Jobcentern, Jugendberufsagenturen sowie berufsbildenden Schulen zu entwickeln.
7. Schließlich ist **mehr Wissen darüber notwendig**, welche Gruppen gegenwärtig nicht mehr durch die Angebote im Übergang in Arbeit erreicht werden („black box“). Es muss die **Forschung, auch mit jungen Menschen, zu den Lebenslagen der Zielgruppe** intensiviert werden, die aktuell im jungen Erwachsenenalter nicht in einer Ausbildung stehen und auch von der Infrastruktur des Übergangsbereichs nicht erreicht werden. Forschungsinstitute und Hochschulen sind verstärkt gefragt, im Rahmen von **partizipativen Forschungsprojekten** die aktuellen Bedarfslagen in den Bildungsübergängen zu erheben, um mit ihnen gemeinsam angemessen niedrigschwellige Zugänge zu entwickeln, die einer kollektiven Resignation präventiv entgegenwirken.

Das vorliegende Positionspapier wurde als Ergebnis eines Workshops zu Übergängen in Ausbildung und Arbeit in Zeiten der Covid-19-Pandemie im Rahmen des Forum Transfer (www.forum-transfer.de) entwickelt. Forum Transfer ist eine Initiative, die sich im Frühjahr 2020 gegründet hat, um praxisnahe Unterstützungsangebote für die Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Covid-19-Pandemie zur Verfügung zu stellen. Sie wird vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism) koordiniert. Kooperationspartner sind neben dem ism, das Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim, das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht DIJuF) sowie die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH). An dem Workshop haben folgende Personen teilgenommen und mitgearbeitet: **Susanne Achterfeld**, DIJuF; **Ruth Enggruber** (Hochschule Düsseldorf); **Birgit Grodon**, ehemals Jobcenter Hildesheim; **Wilfried Kruse**, Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative; **Andreas Oehme**, **Tanja Rusack**, **Wolfgang Schröer**, **Severine Thomas** (alle Universität Hildesheim); **Matthias Röder**, Jugendamtsleiter Darmstadt-Dieburg; **Hilke Thomas**, Volkshochschule Göttingen Osterode; **Frank Tillmann**, Deutsches Jugendinstitut Halle (DJI); **Annegret Warth**, Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft; **Miriam Wolf**, ism Mainz. **Birgit Beierling** (Paritätischer Wohlfahrtsverband); **Anne Günther** (Lehren und Lernen – digital) haben ebenfalls digitale Ergänzungen vorgenommen.